Beschlussbuch zur Vollversammlung der Jusos Dresden am 19. Oktober 2013

Ausländerrat Dresden e.V. – Heinrich-Zille-Str. 6 – 01219 Dresden

Inhaltsverzeichnis:

		Seite:
A1	Arbeitsprogramm der Jusos Dresden 2013/2014	2
A2	"Her mit den blühenden Landschaften! – Alternative Freiräume erhalten	8
A3	Volle Aufklärung der NSA-Affäre!	10
A4	Wildtierverbot in Dresden durchsetzen!	11
A5	Kein ‚Ganz oder Gar-Nicht' in der Ausbildungsförderung	13
A6	Die Brotlosigkeit der Kunst mindern – die Initiative „art but fair" unterstützen!	15
A7	Austrittsmöglichkeit aus der verfassten Studentenschaft abschaffen!	16
A8	Steuervermeidung bekämpfen	17
A9	Delegiertenprinzip in der SPD Dresden abschaffen	19
A10	Aus Lampedusa lernen - aber richtig!	20
A11	Ehrenamtliches Engagement im Sport fördern!	27
A12	Moderne Bürgerbeteiligung von heute für Dresden nicht erst morgen	28

Hinweis: Als beschlossen gilt jeweils nur der reine Antragstext, nicht die Begründung.

A1

AntragstellerIn: Stefan Engel

Arbeitsprogramm der Jusos Dresden 2013/2014

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen:

2014 wird das wahlkampfintensivste Jahr seit einiger Zeit und gerade für uns Jusos ein Jahr, in dem wir die Chance haben, unsere Vorstellungen der Realität ein Stück näher zu bringen. Vor uns steht eine Kommunalwahl, die für die Dresdner SPD zweifelsohne der wichtigste Wahlkampf sein wird. Es bietet sich die Möglichkeit, mittlerweile fast 25 Jahre CDU-Herrschaft zu durchbrechen und mit einer „linken Mehrheit" im Stadtrat endlich eine sozial gerechte und nachhaltige Politik umzusetzen. Parallel dazu haben wir eine Europawahl zu bestreiten, deren Bedeutung gerade im Hinblick auf die an vielen Stellen postulierte „Krise Europas" nicht unterschätzt werden darf. Die Bedeutung für die Zukunft des Kontinents muss den Wählerinnen und Wählern – im besten Fall durch uns - plastisch gemacht werden. Zu einem späteren Zeitpunkt folgt die Landtagswahl, wo es allein schon das demokratische Verantwortungsgefühl gebietet, diese CDU endlich vom Thron zu stoßen und eine von autoritärem Staatsverständnis geprägte Politik zu beenden.

All diese Punkte müssen in unseren Planungen für das kommende Jahr eine zentrale Rolle spielen. Nicht vergessen dürfen wir allerdings auch, mit welchen Höhen und Tiefen die Dresdner Jusos im vergangenen „Juso-Jahr" zu kämpfen hatten. Großartige Veranstaltungen mit hochkarätigen Gästen und legendäre Partys standen einer teilweisen akuten Personalnot, einer für fünf Monate nicht nutzbaren Genossenschaft und z.B. kaum noch wahrnehmbaren Arbeitskreisen gegenüber. Diese Analyse soll an dieser Stelle nicht ausgebreitet werden – dafür gibt es schließlich den Rechenschaftsbericht - doch sollten die Realitäten der letzten Monate auch in der Planung für das kommende Jahr immer mitbedacht werden.

Linke Mehrheiten für eine solidarische Stadt

Mit größtenteils erfrischender Klarheit setzt sich eine Dresdner SPD seit einigen Jahren von der regierenden CDU ab und sucht in den meisten Fällen die Zusammenarbeit mit Grünen und Linken. Dieser Weg ist und bleibt richtig und vernünftig. Zentrale Themen wie eine ökologische Verkehrspolitik, eine sozial durchmischte Stadt, bezahlbarer Wohnraum oder gute Schulen & Kitas lassen sich mit der Dresdner CDU und FDP nicht umsetzen. Diese Erkenntnis muss auch für den kommenden Kommunalwahlkampf maßgeblich sein. Wir Jusos kämpfen für einen Wahlkampf, der darauf zielt die wenigen fehlenden Stimmen im Dresdner Stadtrat auf die linke Seite zu ziehen. Falls dies erfolgreich sein sollte, muss klar sein, dass diese Mehrheit auch genutzt wird. Kurzfristige Bündnisse mit der CDU zur Rettung eines verkorksten Haushalts dürfen kein Vorbild sein.
Aus unserer Sicht ist auch klar, dass wir diese Forderungen und besagte strategische Ausrichtung auch im Kommunalwahlprogramm der Dresdner CDUSPD verankert sehen wollen. In diesem Zusammenhang werden wir unsere kommunalpolitischen Beschlüsse der letzten Jahre sichten und versuchen unsere Inhalte an geeigneter Stelle

einzubringen. Aus diesen Inhalten wollen wir zudem ein kleines jugendspezifisches Programm herausarbeiten, welches vor allem jugendrelevante Themen und unsere Juso-Positionen im Wahlkampf präsent machen soll.
Zahlreiche Jusos werden bei der Stadtratswahl auf den SPD-Listen kandidieren, viele darunter auch auf durchaus aussichtsreichen Plätzen. Diese KandidatInnen werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten besonders unterstützen. Dazu gehört selbstverständlich besonders jugendrelevanter Wahlkampf: Vor Berufsschulzentren, an der Universität oder in den Kneipen dieser Stadt. Gerade bei JungwählerInnen ist die Wahlbeteiligung besonders gering und das Verständnis für kommunalpolitische Inhalte weniger ausgeprägt. Hier müssen wir Jusos ansetzen.

Für eine klare Richtungsentscheidung auf Landesebene

Neben der Kommunalwahl sollte für uns auch die Landtagswahl hohe Priorität genießen. Natürlich werden wir insbesondere uns nahestehende bzw. sogar noch im Juso-Alter befindliche KandidatInnen in Dresden unterstützen. Hier setzen wir uns für einen Wahlkampf ein, der über Wahlkampfteams klar an die Kandidierenden gebunden ist. Dies stellt unserer Meinung nach eine effektivere Ressourcennutzung dar als eine Wahlkampforganisation über die Ortsvereine.und nicht unbedingt über bestehende Strukturen wie die Ortsvereine läuft.
Daneben muss es auch unsere Aufgabe sein, auf Juso-Landesebene, aber auch innerhalb der Dresdner SPD, dafür zu kämpfen, dass die sächsische Sozialdemokratie eine klare und realistische Alternative zu einer selbstherrlichen und autoritär agierenden CDU bietet. Eine klare Machtoption gehört natürlich dazu, aber auch das dementsprechende Personal und eine ansprechende Programmatik.

Europäische Politik greifbar machen

Mit der Europawahl steht auch auf diese Ebene eine wichtige Entscheidung an. Es stellt sich Frage, ob die konservativ geprägte Austeritätspoltik weiter fortgesetzt wird oder ob es den linken Kräften in Europa gelingt einen wirksamen Gegenentwurf zu dieser sozial verheerenden Vorgehensweise zu finden. Damit dies aber gelingt, muss europäische Politik gerade für junge Menschen greifbar und nachvollziehbar werden. Hier wollen wir ansetzen und dies natürlich im Wahlkampf verkörpern, aber auch über andere Wege, wie z.B. einem Seminar europäische Institutionen und Mechanismen besser verständlich machen.

Solidarische Mitarbeit bei den Jusos Sachsen fortsetzen

Wie auch im vergangenen Jahr wollen wir weiterhin die solidarische, aber im Einzelfall auch kritische Zusammenarbeit mit dem Juso-Landesverband fortsetzen. Personell sind die Jusos Dresden gut bei den Jusos Sachsen eingebunden und beteiligen sich an sämtlichen wichtigen Diskussionen im Verband. Um das auch weiter fortzusetzen, bleibt es unerlässlich unsere Mitgliedschaft für Aktionen und Veranstaltung des Landesverbands zu mobilisieren. Für die Mitarbeit im Juso-Bundesverband und auf internationaler Ebene gilt das natürlich ebenso.
Ein besonderes Augenmerk wollen wir darauf legen, dass der Einfluss der sächsischen Jusos auf SPD-Landesebene wieder ausgebaut wird und wir unsere Rolle als Landesverband mit dem höchsten Juso-Anteil ausfüllen. Eine Zusammenarbeit mit

strategischen PartnerInnen in der Sachsen-SPD ist dafür unerlässlich, aber ebenso das Erheben einer kritischen Stimme zum richtigen Zeitpunkt.

Dresdner SPD auf Kurs halten

Parteiintern konnten die Dresdner Jusos im vergangenen Jahr einige Erfolge verbuchen, die aber von langwierigen Diskussionen und nicht immer von gegenseitiger Solidarität geprägten Eskapaden überschattet wurden. Das ist unschön, doch halten wir den schon vor Jahren eingeschlagenen Weg für richtig. Die Dresdner SPD sieht sich natürlich als AnsprechpartnerIn aller sozialen Schichten, setzt sich aber zugleich insbesondere dafür ein, dass „die Schwächeren" bei der Entwicklung unserer Stadt nicht unter die Räder kommen.
Damit das weiter aktuell bleibt, werden wir uns weiterhin massiv personell in den Ortsvereinen engagieren und auch beim 2014 anstehenden ordentlichen Unterbezirksparteitag mit vielen KandidatInnen für die Delegationen und den SPD-Vorstand auftrumpfen. Für die am 30. November anstehende Wahlkonferenz über die Kommunalwahl- und LandtagswahlkandidatInnen gilt dies natürlich analog.
Mit etwa 45% Juso-Anteil an der Mitgliedschaft befinden wir uns deutschlandweit betrachtet in einer absoluten Ausnahmesituation, die wir auch weiterhin zu unseren Gunsten und zu Gunsten der Entwicklung der Dresdner SPD nutzen wollen.

Mitglieder aktivieren & informieren

Der von uns eingeschlagene Kurs inaktive Mitglieder gezielt anzusprechen und zumindest den Informationsfluss zu diesen auszubauen, muss auch in Zukunft fortgesetzt werden. Zwar ist der „harte Kern" an sehr aktiven Mitgliedern in letzter Zeit nicht gewachsen, doch gibt es eine Vielzahl an Jusos, die wir zumindest ab und an für Veranstaltungen gewinnen können. Zweifelsohne hat dazu beigetragen, dass wir Neumitglieder ausnahmslos in unseren Verteiler aufnehmen und mehrfach alle inaktiven Mitglieder diesbezüglich abgefragt haben. Ein vielfältiges Veranstaltungsangebot und eine Verbandskultur, die keine „Ingroup" und „Outgroup" entstehen lässt, sollten selbstverständlich sein. Dazu wollen wir vermehrt auf gemeinsame Freizeitaktivitäten setzen, die unser Verbandsleben noch vielfältiger und lebendiger gestalten.
Realistisch müssen wir beurteilen, inwieweit wir auch Weiterbildungsangebote anbieten können, um unsere Mitglieder zu bilden und zu aktivieren. Auch der explizite Hinweis auf Angebote z.B. des Wehnerwerks und der Friedrich-Ebert-Stiftung sollte öfter als bisher erfolgen.
Durch die Tatsache, dass wir unseren eigenen Newsletter mangels Resonanz in der letzten Legislatur eingestellt haben, sollte es für den neuen Vorstand selbstverständlich sein, zu überprüfen über welche Wege wir unsere Mitglieder regelmäßig informieren. Nicht jedeR liest jede einzelne Veranstaltungsankündigung und manche wünschen sich eine komprimierte Darstellung in regelmäßigen Abständen. Ob dafür z.B. eine Neuauflage des Newsletters oder ein Konzept wie die Wochenmail geeignet sind, muss diskutiert werden.

Neumitglieder gewinnen & einbinden

Die Gewinnung von Neumitgliedern verlief in der vergangenen Legislatur außerordentlich erfolgreich. Knapp 60 Leute unter 35 Jahren kamen zu uns. Diesen Trend wollen wir im nächsten Wahljahr natürlich fortsetzen. Mitgliederwerbung muss für einen Jugendverband wie unseren zentrales Element bleiben
Auf spezifische Neumitgliederabende haben wir auch weiterhin verzichtet, doch hat sich insbesondere das Format des Juso-Brunchs als sehr geeignet erwiesen. Diesen wollen wir weiterhin regelmäßig anbieten und noch koordinierter zur Ansprache von neuen Mitgliedern nutzen. Ebenso sollen natürlich Elemente wie eine zeitnahe Begrüßungsmail und das explizite Angebot auf ein persönliches Treffen fortgesetzt werden. Insidersprache und fehlende Vorstellungsrunden bei unseren Veranstaltungen sollten natürlich weiterhin vermieden werden.
Trotz der Tatsache, dass im vergangenen Jahr neben zahllosen Studierenden auch einige SchülerInnen, Azubis und ArbeitnehmerInnen beigetreten sind und tw. auch bei uns aktiv geworden sind, bleibt es unerlässlich mehr Kontakte zur Lebensrealität dieser Gruppen schaffen.

Gleichstellungsarbeit muss Querschnittsthema bleiben

Gerade bei einem männlich geprägten Verband, wie es die Jusos Dresden sind, muss der Gleichstellungsarbeit besondere Bedeutung und Aufmerksamkeit gewidmet werden. Im vergangenen Jahr ist es uns zwar gelungen einige neue aktive Frauen zu gewinnen, aber die institutionelle Gleichstellungsarbeit ist zu kurz gekommen.
Noch öfter als bisher müssen wir den Kontakt zur Dresdner ASF suchen. Dies kann über gemeinsame Aktionen (z.B. zum Frauentag) oder z.B. über Vernetzungstreffen geschehen. Die Zusammenarbeit mit PartnerInnen außerhalb des SPD-Kontexts, wie z.B. das forum_G oder der Gerede e.V. muss öfter gesucht werden. Wie schon in den Vorjahren werden wir selbstverständlich die Dresdner Schwusos bei der Durchführung des Dresdner CSDs unterstützen.
Leider gibt es auch bei uns noch immer männlich geprägtes, dominantes Redeverhalten, Sexismus sexistische Äußerungen und Unverständnis gegenüber der Gesamtproblematik Gleichstellung. Die verstärkte Durchsetzung von (eigentlichen) Selbstverständlichkeiten wie Gendern und quotierten Redelisten sollten weiterhin Bestandteil einer Sensibilisierung sein.

Veranstaltungsangebote überdenken & verstetigen

Hochproblematisch war im vergangenen Jahr die Tatsache, dass wir zwar eine Vielzahl von verschiedenen Veranstaltungen und Aktionen angeboten haben, aber stellenweise keine Regelmäßigkeit und Merkbarkeit mehr gegeben war. Im kommenden Jahr wollen wir ein mindestens zweimal monatlich stattfindendes Mitgliedertreffen anbieten, welches an einem festen Wochentag und Ort stattfindet. Die Vorstandssitzungen sollen möglichst auch so eingeordnet werden. Es würde also ein fester „Juso-Tag“ entstehen, der unserer Mitgliedschaft die Planung erheblich vereinfachen würde.
Daneben gibt es traditionellerweise bei den Jusos Dresden noch die Arbeitskreise. Während des Wahlkampfs waren diese de facto nicht mehr vorhanden. Nun muss es Aufgabe sein, die Arbeit wieder anzustoßen, Absprachen (z.B. über den Turnus und den

Termin) zu treffen und bei Themenbereichen, die ggf. auf größeres Interesse treffen, die Neugründung von AKs zu fördern. Offene Auftakttreffen, die vom Vorstand selbst angestoßen werden, könnten hier ein Mittel sein. Auch bei der formal unabhängigen Juso-Hochschulgruppe muss es unser Ziel sein, unterstützend tätig zu sein und auch offensiv nach neue Aktive für diese wichtige Vertretung an den Dresdner Hochschulen zu finden.
Daneben wollen wir auch überprüfen, inwieweit wir in Zusammenarbeit mit der Hochschulgruppe gezielte größere, breit beworbene und längerfristiger geplante „Großveranstaltungen“ an der TU Dresden durchführen können, um eine breitere Resonanz zu erzeugen und gezielt auch neue Interessierte für unsere Arbeit zu gewinnen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit inhaltlicher gestalten

Im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wollen grundsätzlich den eingeschlagenen Kurs fortsetzen. Weiterhin wollen wir thematisch interessante Veranstaltungen per Presse ankündigen und unserer Facebook-Seite intensiv nutzen. Allerdings muss es in Zukunft gelingen, wieder mehr inhaltliche Pressemitteilungen zu schreiben, um die Meinung der Jusos als politischer Jugendverband in der Dresdner Öffentlichkeit zu verbreiten.
Gleiches gilt auch für unsere Website: Das neue schicke Design mit seiner einfachen Handhabung sollte nicht nur mit einer Sammlung von Pressemitteilungen und Veranstaltungsankündigungen gefüllt werden, sondern auch mehr inhaltliche Positionierungen und Berichte enthalten. Hier sind aber nicht nur der Vorsitzende und einige Vorstandsmitglieder gefragt, sondern ebenfalls die breite Mitgliedschaft.
Unser Außenbild als Jusos wird daneben aber auch von der Präsenz bei Demonstrationen, Kundgebungen und anderen öffentlichkeitswirksamen Aktionen geprägt. Natürlich sind und bleiben unsere Arbeitsressourcen begrenzt, doch handelt es sich dabei nicht um ein „Zusatzprogramm“, sondern um einen immanenten Bestandteil der Juso-Arbeit.

Vorstandsarbeit weiterhin transparent & offen realisieren

Wie auch im vergangenen Jahr wollen wir den Vorstand nicht zu einem, abgeschlossenen Geheimbund machen, von dem niemand weiß, was er macht und wo er tagt. Es bleibt selbstverständlich, dass die Einladung zu den Sitzungen an alle Jusos geht und dass die Sitzungen auch für diese offen sind. Einige regelmäßige BesucherInnen außerhalb des gewählten Vorstands gab es ja auch schon im vergangenen Jahr.
Der dichte Sitzungsturnus zweimal im Monat hat sich bewährt und sollte fortgesetzt werden. Allerdings müssen wir überdenken, inwieweit wir neben den umfangreichen (und notwendigen) organisatorischen Aufgaben auch inhaltliche Diskussionen (z.B. was gibt es Aktuelles in der Kommunalpolitik?) im Vorstand zulassen können.
Wie auch im vergangenen Jahr trifft sich der Vorstand zu Beginn der Legislatur zu einer Klausurtagung. Es sollte auch überlegt werden, ob nicht eine weitere derartige Tagung in der Mitte des Jahres für die Arbeitsfähigkeit positiv wäre.

BündnispartnerInnen suchen und Netzwerkarbeit pflegen

Die Mitarbeit in Bundnissen und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen bleibt auch im kommenden Jahr einer der zentralen Punkte für die Arbeit der Jusos Dresden. Zu allererster Stelle ist hier das Bündnis „Dresden Nazifrei“ zu nennen, an dessen Arbeit wir uns auch diesmal mit mehreren Personen beteiligen werden. Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass auch bei einer regionalen Organisation eine umfangreiche Mobilisierung gelingen kann. Aber umso mehr ist unsere Mitarbeit an dieser Stelle unerlässlich.
Eine steigende Bedeutung gewinnt in Dresden die Diskussion um die Unterbringung von Asylsuchenden. Das Netzwerk Asyl Migration und Flucht leistet hier eine gute Arbeit. Vermehrt müssen wir die Zusammenarbeit mit NAMF suchen und über gemeinsame Veranstaltungen Kontakte sammeln und die Diskussion weiter in unseren Verband tragen.
Insgesamt muss es Ziel bleiben in der Netzwerkarbeit an die bisher gute Vernetzung mit anderen Organisationen im Sinne der Doppelstrategie anzuknüpfen. Weiter ausbauen wollen wir in diesem Sinne unsere Kooperation mit den Gewerkschaften und ihren Jugendverbänden.
Trotz aller konkurrierenden Wahlkampfaktivitäten ist es im vergangenen Jahr außerdem gelungen, die Zusammenarbeit mit der Linksjugend fortzusetzen und mit der Grünen Jugend zu intensivieren. Das wollen wir fortsetzen. Auch mit anderen politischen Jugendorganisationen ist eine anlass- und themenbezogene Zusammenarbeit grundsätzlich denkbar.

A2

AntragsstellerIn: Felix Göhler

"Her mit den blühenden Landschaften! - Alternative Freiräume erhalten

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Dresdner Stadtrat weiterleiten:

Die Jusos Dresden fordern die Dresdner SPD-Stadtratsfraktion dazu auf, sich für den Erhalt von „alternativen Freiräumen“ (nichtkommerzielle selbstverwaltete Räume im kulturellen, sozialen und politischen Bereich) einzusetzen.

Mit dem Ziel des Erhalts alternativer Freiräume soll unter Beteiligung von betroffenen Projekten, Stadtverwaltung und Politik ein Prozess angestoßen werden. Ziel ist es, einen Katalog dafür geeigneter Mittel zu erarbeiten und die Stadt mit einem Konzept auf konkretes Handeln diesbezüglich zu binden.

Begründung:

Die Geschichte von dem, was grob unter dem Sammelbegriff „alternative Freiräume“ zusammengefasst werden kann geht in Dresden bis in die Zeit der 80er Jahre zurück. Aufgrund des Wohnraummangels in der DDR zogen vor allem junge Menschen in die verfallenen, teils ruinösen Gründerzeitviertel in Dresden welche von staatlicher Seite vollkommen vernachlässigt worden waren. Ebenfalls bildeten sie einen Anzugspunkt für Kreative und Freigeister die hier Raum zur Selbstverwirklichung fanden. Im Zuge dessen entstanden allerlei Läden, Cafés, Ateliers sowie Wohnprojekte und Theater, von denen einige auch heute noch existieren. Als Beispiel können hier das „Café Raskolnikoff“ und das „Projekttheater“ gelten, welche auf Hausbesetzungen Ende der 80 Jahre zurückgehen.

Auch in der Zeit zwischen 1990 bis Anfang der 2000er Jahre waren aufgrund des massiven Wegzugs aus Dresden und der Abwicklung einer großen Zahl von Industriebetrieben die Freiräume groß, die Möglichkeiten nahezu unbegrenzt. In dieser Zeit entstanden beispielsweise die „Blaue Fabrik“ und das „RM 16“.

Die Situation in Dresden im Jahr 2013 ist mittlerweile eine radikal andere. Die historischen Gründerzeitviertel sind nahezu komplett durch saniert, Mieten steigen rapide, Gentrifizierung setzt ein, eine Brachfläche nach der anderen weicht Luxuswohnungsbau. Exemplarisch sei hierfür nur die aktuelle Situation des „Freiraum Elbtal e.V.“ im Kontext des Bauprojekts „Hafencity Dresden“ genannt.

Ein weiteres Ignorieren dieser Entwicklung würde einen wichtigen Teil der Dresdner Kulturlandschaft gefährden oder sogar zerstören. Nichtkommerziellen, selbstverwalteten Projekten würde weiter der Raum genommen. Was bliebe wäre eine vermeintliche Hoch- und Populärkultur welche den Menschen oft genug lediglich als reinen Konsumenten einer Dienstleistung betrachtet.

Aufgrund der zunehmenden Attraktivität Dresdens und der damit einhergehenden Effekte wird sich der beschriebene Prozess kaum stoppen oder gar umkehren lassen.

Aufgabe von Politik muss es aber sein diesen Prozess zu begleiten und negative Effekte abzufedern. Dies gilt insbesondere bei der Problemstellung der Segregation, unter der sich die Verdrängung alternativer Freiräume subsumieren lässt. Hierfür ist es erforderlich einen Diskurs über das Thema und mögliche Lösungsansätze anzuregen.

A3

AntragsstellerIn: Benjamin Stauch

Volle Aufklärung der NSA-Affäre!

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an den Juso-Landesvorstand und an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

Die Jusos Dresden fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, auf einer vollständigen Aufklärung der Ausspähung deutscher BürgerInnen und Unternehmen durch amerikanische Geheimdienste zu bestehen und sich dafür einzusetzen, dass die Kooperation mit der NSA auf den Prüfstand gestellt wird und sich dafür einzusetzen, das Versagen des parlamentarischen Kontrollgremiums und der deutschen Geheimdienste auf den Prüfstand zu stellen..

Begründung:

Die bisherige Bundesregierung hat die von Edward Snowden aufgedeckte und von Michael Hayden (CIA-Direktor bis 2008) bestätigte totale Überwachung und Auswertung des deutschen Internetverkehrs unter den Teppich gekehrt und jede Debatte für beendet erklärt. Wie Prof. Hans-Jürgen Papier, ehemaliger Präsident des BverfGs angemerkt hat, liegen diese Operationen „weit jenseits dessen, was das BVerfG in seinen Urteilen zur Vorratsdatenspeicherung und Telekommunikationsüberwachung noch für akzeptabel erachtet hat."

Eine solche Missachtung der Rechte unser BürgerInnen sowie die damit verbundene Wirtschaftsspionage gegen deutsche Unternehmen dürfen nicht folgenlos bleiben und erfordern eine vollständige Aufklärung.

A4

AntragsstellerIn: Jessika Markert, Robert Stübner

Wildtierverbot in Dresden durchsetzen!

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Dresdner Stadtrat weiterleiten:

Die Jusos Dresden fordern ein Wildtierverbot für Zirkusbetriebe und Schaustellerbetriebe bei der Nutzung kommunaler Flächen sowie Grundstücke, die sich im Eigentum städtischer Tochtergesellschaften befinden. Wir fordern ein generelles Wildtierverbot. Gleichwohl soll für bereits vorhandene Tiere unter Berücksichtigung ihrer Lebensdauer eine Übergangsregelung getroffen werden.

Die Jusos Dresden fordern die SPD-Fraktion im Dresdner Stadtrat auf, sich für ein solches Verbot gegenüber der Oberbürgermeisterin einzusetzen.

Begründung:

Das Halten und Mitführen von Wildtieren in Zirkusunternehmen ist längst nicht nur unter Tierschützern und Veterinären höchst umstritten. In Europa wächst das Bewusstsein, dass Wildtiere nicht in den Zirkus gehören. In der Europäischen Union haben aktuell dreizehn Mitgliedstaaten die Wildtierhaltung in Zirkusbetrieben eingeschränkt oder verboten. In Österreich gilt ein umfassendes Wildtierverbot bereits seit 2005, welches zweimalig von der Europäischen Kommission als rechtmäßig bestätigt worden ist. 2006 und 2009 scheiterte der Europäische Zirkusverbands (ECA) mit einer Beschwerde gegen das österreichische Wildtierverbot vor der Europäischen Kommission. Die Europäische Kommission macht damit auch den Weg frei, Maßnahmen zum Schutz von Wildtieren in Zirkusbetrieben in Deutschland zu ergreifen.

In Deutschland forderte der Bundesrat 2003, 2006 und zuletzt 2011 ein Verbot von Wildtieren für Zirkusbetriebe. In seiner jüngsten Entschließung 2011 forderte er die Bundesregierung auf, "dem Bundesrat unverzüglich eine Rechtsverordnung zuzuleiten, die das Halten von Tieren bestimmter wildlebender Arten in Zirkusbetrieben verbietet. Das Verbot soll insbesondere für Affen, Elefanten, Großbären, Giraffen, Nashörner und Flusspferde gelten."

Die Hauptbegründung der Länderkammer bestand darin, "dass die Haltung der genannten Wildtiere im Zirkus mit einer Reihe von Belastungen verbunden ist, die einen angemessenen Schutz der Tiere in solchen Einrichtungen faktisch unmöglich machen." Die systemimmanenten Tierschutzprobleme der ca. 250 Wanderzirkusse in Deutschland, welche aus Transport, Haltung und Dressur erwachsen und sich insofern im Konflikt mit der Staatszielbestimmung des Tierschutzes (Art. 20a GG) befinden, dürfen nicht länger bewusst übersehen werden.

Unbeeindruckt von der Entschließung des Bundesrates lehnte die schwarz-gelbe Koalitionsfraktion einen Antrag der SPD-Bundestagsfraktion über ein Verbot der Haltung wildlebender Tiere in Zirkusbetrieben im November 2011 ab.

Aus Ermangelung einer bundesgesetzlichen Regelung haben bereits einige Kommunen Maßnahmen zur Einschränkung oder zum Verbot der Wildtiermitführung ergriffen, darunter Stuttgart, München, Potsdam, Speyer, Heidelberg, Worms und Chemnitz (vgl. Anlage).

Dem vernünftigen und wegweisenden Beispielen aus anderen Kommunen folgend darf die Landeshauptstadt Dresden sich im Sinne des Tierschutzes nicht scheuen, angemessene Regelungen zu treffen, die Zirkussen, die Wildtiere mitführen unter bestimmten Bedingungen das Gastieren auf städtischen Flächen verwehren.

A5

AntragsstellerIn: Robert Stübner

Kein ‚Ganz oder Gar-Nicht' in der Ausbildungsförderung

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen (und an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten):

Laut § 48 Abs. 1 BAföG (Mitwirkung von Ausbildungsstätten) unterliegt der Anspruch auf Ausbildungsförderung für Student_innen nach dem vierten Semester einem Leistungsnachweis der Ausbildungsstätte. Dieser möge dahingehend modifiziert werden, dass mit dem Nichterreichen der für das jeweilige Fachsemester üblichen Leistungen nicht die gesamte Förderung abbricht, sondern gestaffelt reduziert wird.

Für gewöhnlich besteht mit einem Leistungsnachweis über mindestens 80% der im Studienablaufplan erwarteten Leistungen der unveränderte Anspruch auf die finanzielle Unterstützung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz. Wird diese 80%-Marke nicht erreicht, entfällt der Anspruch auf Ausbildungsförderung.

Wir fordern stattdessen eine abgestufte Anpassung der Ausbildungsförderung. Dies kann dementsprechend wie folgt aussehen:

- 80 – 100 %: volle Ausbildungsförderung
- 60 – 80 %: Senkung der Förderung auf 75%
- 40 – 60 %: Senkung der Förderung auf 50%
- 20 – 40 %: Senkung auf 25%

<u>Begründung</u>:

1. Mit der kompletten Streichung des BAföG-Anspruchs wird den Studentinnen und Studenten nicht selten die Möglichkeit zum Aufholen des Defizits geraubt. Die Sanktionierung verfehlt ihr Ziel, wenn sie den Betroffenen zum schnellen Studienabschluss drängen will, da mit der Notwendigkeit einer anderen Studienfinanzierung der Abschluss entweder (durch das zusätzliche Arbeitspensum im Nebenjob) in weitere Ferne rückt oder (durch Studienkredite) mit einer enormen Schuldenlast am Ende des Studiums einhergeht. Insofern schadet der undifferenzierte und ersatzlose Wegfall des Förderungsanspruchs dem Studienablauf statt diesen zu bestärken.

2. Sind bereits vier Semester BAföG-gefördert, ist mit dem Finanzierungsstopp häufig auch die berufliche Umorientierung oder die oben erläuterte Studienverzögerung zu befürchten. Dies kann nicht im Interesse der Studentenwerke sein, da sie somit die Hochschullaufbahn beenden oder erschweren, also wissenschaftlichen Nachwuchs verschleißen bzw. durch den

verlängerten Immatrikulationszeitraum sich selbst finanziell zusätzlich belasten[1].

3. Da die Förderung erst wieder aufgenommen wird, wenn die für das Fachsemester üblichen Leistungen nachgewiesen werden können, bedeutet das praktisch nach dem vierten Semester das Ende der Förderung[2], da der nächstmögliche Bewilligungszeitraum erst im Folgejahr, in dem das Studium beendet sein müsste, erreicht wird. Im denkbar seltenen Fall, des Aufholens aller fehlenden Leistungen, könnte das Studium, weil erfolgreich beendet, logischerweise nicht weiter gefördert werden. Statt jenes Jahres, in dem man seine Leistungen (ohne Förderung) wieder auf ein für das fünfte Semester erwartetes und vorausgesetztes Niveau anhebt, auch in den Förderrichtlinien auszusparen, wird ein deutlich höheres Leistungspensum inklusive finanzieller Selbstversorgung angedacht.

4. Grundlage für die Berechnung des Leistungsnachweises sind die abgeschlossenen Module, nicht die Teilleistungen, aus denen sie bestehen. Dies hat zur Folge, dass praktisch mehr als 80% der Leistungen erbracht sein können, aber in den einzelnen Modulen wenige Teilleistungen fehlen, weshalb sie nicht als abgeschlossen und somit auch nicht als für den Leistungsnachweis relevant gelten können. Die sich daraus ergebende Konsequenz eines Studienfinanzierungsstopps, trotz weitestgehend bestandener Modulprüfungen, erzeugt in dem aus o.g. Gründen mangelhaften Sanktionssystem eine zusätzliche Ungerechtigkeit.

5. Die Sozialerhebung „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012“ listet die fehlende Leistungsbescheinigung als Grund der Nicht-Förderung nach der Überschreitung der Förderungshöchstdauer, dem elterlichen Einkommen und dem Eigeneinkommen an vierter Stelle (S. 291). Gleichzeitig betrifft dies zwar 20% derer, welche eine ‚niedrige Bildungsherkunft‘ angeben, dagegen nur 4% mit ‚hoher Bildungsherkunft‘. Eine Änderung im Sinne des Antrags flankiert somit auch die Herkunftsunabhängigkeit des Ausbildungswegs.

6. Ein elternunabhängiges BAföG sowie Anpassungen verschiedener Förderrichtlinien sind bereits feste Positionen der Jusos. Die Nachbearbeitung des Leistungsnachweises ist dabei nur ein weiterer Bestandteil der anvisierten Bildungsgerechtigkeit.

[1] Hierbei sei erwähnt, dass der Studienplatz an sich ein Vielfaches von eventuellen Förderbezügen der Studierenden kostet.
[2] Zumindest bei einer Regelstudienzeitz von sechs Semestern

A6

AntragsstellerIn: Maike Andrews

Die Brotlosigkeit der Kunst mindern – die Initiative „art but fair“ unterstützen!

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen und den Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten mit dem Ziel der Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD:

Die Jusos Dresden fordern die SPD auf, die Künstler_innen-Initiative „art but fair“ offen zu unterstützen und mit dieser den Kontakt zu suchen, um den Weg zu einem gerechten Umgang mit Kunstschaffenden, vor allem im Hinblick auf deren Bezahlung, zu ebnen.

Begründung:

Berufe im künstlerischen Bereich gelten nicht erst seit Kurzem als „brotlos“. Es ist äußerst schwer, auch als begabte_r Künstler_in mit viel Übung, (langfristige) Engagements zu finden und so eine gewisse finanzielle Sicherheit zu schaffen. Dementsprechend ist auch das Sammeln von Berufserfahrung keine leichte Aufgabe. In den letzten Jahren hat sich jedoch eine Entwicklung gezeigt, die es gerade für in diesem Bereich Arbeitende noch schwieriger macht, beispielsweise Familien zu gründen oder regelmäßig die Miete von ihrem gelernten Beruf bezahlen zu können: Verschiedene Theater und anderweitige Spielstätten haben begonnen, statt einer angemessenen Gage Löhne zu bieten, die weit unter den Kosten liegen, die die Kunstschaffenden allein schon für Proben und Probenorte sowie die Anfahrt zum Veranstaltungsort (inkl. ggf. einem Wagen um bspw. Instrumente dorthin zu befördern) zu stemmen haben. In sich stark häufenden Fällen wird auch statt einer Gage kostenlose Verpflegung, das Bekanntwerden oder schlicht Erfahrung als „Entlohnung“ dafür geboten, dass der_die Veranstalter_in ein gutes Unterhaltungsprogramm bieten kann.

Die Initiative „art but fair“, gegründet von sowohl Künstler_innen als auch in anderer Form im Kunstbereich Arbeitenden und unterstütz von zahlreichen Kunstschaffenden, setzt sich dafür ein, dass diese Form der Ausbeutung ein Ende findet und erarbeitet hierfür bereits sog. „Goldene Regeln“, die für alle künstlerisch Tätigen als (moralische) Leitlinien gelten sollen. (vgl. http://artbutfair.org/)
Dabei wird auch Unterstützung seitens der Politik gefordert und benötigt.

Es kann, insbesondere im Hinblick auf Künstler_innen-Gagen, nur im Sinne jungsozialistischer und sozialdemokratischer Politik sein, diesen Ruf der Künstlerinnen und Künstler nicht zu überhören und mit politischer Unterstützung darauf zu reagieren.

A7

AntragsstellerIn: Benjamin Stauch

Austrittsmöglichkeit aus der verfassten Studierendenschaft abschaffen!

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die SPD-Landtagsfraktion weiterleiten:

Die Jusos Dresden fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die durch das Hochschulfreiheitsgesetz eingeführte Austrittsmöglichkeit aus der verfassten Studentenschaft wieder abgeschafft wird.

Begründung:

Universitäten brauchen eine starke, unabhängige Interessenvertretung der Studierenden. Damit die Fachschafts- und Studierendenräte diese Rolle wahrnehmen können, müssen sie demokratisch legitimiert sein. Die Existenz von Studierenden ausserhalb der verfassten Studentenschaft entzieht ihnen diese Legitimierung und schwächt sie enorm. Ohne Mitgliedschaft aller Studierenden in der verfassten Studentenschaft existiert keine Interessenvertretung aller Studierenden, was zu schlechterer Lehre führen wird.

A8

AntragsstellerIn: Fabian Wendt

Steuervermeidung bekämpfen

Die Vollversammlung möge beschließen und an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen mit Antrag auf nachfolgender Überweisung zum Juso Bundeskongress weiterleiten:

„Die Öffnung nationaler Volkswirtschaften hat durch Handel und internationale Arbeitsteilung große Wohlstandsgewinne für alle ermöglicht. Besonders im exportorientierten Deutschland ist sie ein Motor für Beschäftigung und Innovation. Doch die nationale Steuergesetzgebung hat nicht Schritt gehalten mit der zunehmenden Verflechtung der Wertschöpfungsketten multinationaler Unternehmen über Ländergrenzen hinweg.
Immer mehr, meist großen Unternehmen, gelingt es durch das gegenseitige Ausspielen von Gesetzeslücken zweier Länder, ihre Gewinne zu verschleiern oder zu verschieben und damit die effektive Steuerlast ihrer Gewinne bis weit unter den gesetzlichen Satz zu senken. Im Rahmen dieser Entwicklung sind viele Doppelbesteuerungsabkommen zu Instrumenten der Steuervermeidung pervertiert und untergraben ihren ursprünglichen Sinn, der Förderung und Sicherung von internationalem Handel.
Darüber hinaus befeuert das Fortbestehen von Jurisdiktionen, die steuerrechtlich relevante Informationen nicht teilen, noch den Misstand dieser Entwicklung.

Dies ist ein drängendes Problem, das gelöst werden muss, denn:

- Steuervermeidung stellt einen unlauteren Wettbewerbsvorteil großer gegenüber kleinen und mittelständischen Unternehmen dar, die oft auf den gleichen Märkten konkurrieren, jedoch in Konsequenz völlig unterschiedliche Abgaben schultern müssen. Sie belastet also gerade jene zusätzlich, die Hauptträger der Aus- und Fortbildung von Arbeitnehmer*innen sind.
- Steuervermeidung gefährdet die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Haushalte, indem sie die Steuerbasis aushöhlt. In Zeiten hoher Schuldenstände vieler öffentlicher Haushalte und dem kritischen Bedarf an Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur und Bildung ist dies nicht weiter hinnehmbar.
- Steuervermeidung ist eine der Haupttriebfedern hinter der wachsenden Disparität von Einkommen und Vermögen innerhalb unserer Gesellschaft, da die so ‚geschützten' Gewinne fast ausschließlich Vermögenden zu Gute kommen, während die breite Mittelschicht der Hauptsteuerzahler ist.

Im Ziel der Gerechtigkeit des deutschen Steuersystems liegt somit der direkte Auftrag Steuervermeidung zu bekämpfen und seit Jahren sind die Aussichten auf eine internationale Beendigung des Missstandes nicht so erfolgsversprechend gewesen.

Die von der Gruppe der 20 bei der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) geforderte Initiative zur Erarbeitung eines internationalen Standards im Steuerrecht, ist die bisher umfassendste inhaltliche Aufarbeitung der Lücken zwischen den nationalen Steuergesetzgebungen.

Traditionelle Blockierer eines einheitlichen Standards, von Finanzzentren bis hin zu sogenannten ‚Steueroasen', haben ihre Opposition auf Druck prekärer, eigener Haushaltslagen oder internationaler Sanktionen abgeschwächt.

Deutschland muss diese Gelegenheit nutzen, die Um- und Fortsetzung dieser Initiative federführend zu begleiten und vor allem in Europa seinen Einfluss geltend machen, um folgende Ziele zu erreichen:

- Die Harmonisierung des Steuerrechts und der Steuerrechtspraktiken, sowie der Anpassung der Doppelbesteuerungsabkommen zwischen allen europäischen Ländern zur Schließung von Schlupflöchern
- Den Aufbau eines automatischen Informationsaustausches von steuerrechtlich relevanten Informationen zwischen allen europäischen Staaten, einschließlich der ihnen assoziierten, teilautonomen Territorien
- Die Berufung einer Enquête Kommission zur Ausarbeitung von neuen Konzepten zur steuerlichen Bemessung von Wertschöpfungsschritten international arbeitsteiliger Unternehmen über den Minimalkonsens der OECD hinaus.

Um diese Ziele an die Spitze der Agenda der Bundesregierung zu heben, klare personelle Verantwortlichkeiten und eine zentrale Verhandlungsführung gegenüber den europäischen und internationalen Partnern aufzubauen, gilt es dafür das Amt eines Bundesministers für Besondere Aufgaben im Bundeskanzleramt einzurichten.

Begründung: erfolgt mündlich

A9

AntragsstellerIn: Stefan Engel

Delegiertenprinzip in der SPD Dresden abschaffen

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an den Unterbezirksparteitag der SPD Dresden weiterleiten:

Das Statut der SPD Dresden wird dahingehend geändert, dass zukünftig bei ordentlichen und außerordentlichen Unterbezirksparteitagen nicht mehr nur die 80 gewählten Delegierten der Ortsvereine stimmberechtigt sind, sondern alle in der Dresdner SPD gemeldeten Genossinnen und Genossen („Mitgliedervollversammlung“).

Zu diesem Zweck wird § 3 des Statuts der SPD Dresden in folgenden Punkten geändert:

(2) Dem Unterbezirksparteitag der SPD Dresden gehören mit Stimmrecht alle dem SPD-Unterbezirk Dresden angehörigen SPD-Mitglieder an.

(3) Dem Unterbezirksparteitag gehören mit beratender Stimme an:

a) der/die Unterbezirks- bzw. Regionalgeschäftsführer/in, sofern diese/r nicht dem SPD-Unterbezirk Dresden angehört
b) die der SPD-angehören Europa-, Bundestags- und Europaabgeordneten, sofern diese ein Direktmandat im SPD-Unterbezirk errungen haben, diesem aber nicht angehören.
c) der/die Oberbürgermeister/in und die Bürgermeister/innen der Landeshauptstadt Dresden, sofern sie Mitglied der SPD sind und nicht dem SPD-Unterbezirk angehören.

(6) Antragsberechtigt zum Unterbezirksparteitag sind:

a) der Unterbezirksvorstand
b) die Arbeitsgemeinschaften
c) die Ortsvereine
d) die Projektgruppen
e) Einzelmitglieder, sofern der Antrag von mindestens 10 Mitgliedern unterstützt wird.

Anträge aus der Mitte des Parteitages werden behandelt, soweit der Unterbezirksparteitag dem zustimmt. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung.

(7) Anträge an einen ordentlichen Unterbezirksparteitag sind spätestens vier Wochen vor dem Parteitag der Unterbezirksgeschäftsstelle zuzuleiten. Sie sind spätestens zwei Wochen vor dem ordentlichen Unterbezirksparteitag mit einer Stellungnahme der Antragskommission bekannt zu geben. Die Antragskommission besteht aus mindestens drei vom Unterbezirksvorstand zu benennenden Mitgliedern des Unterbezirks.
Anträge an einen außerordentlichen Unterbezirksparteitag sind spätestens zwei Wochen vor dem Unterbezirksparteitag der Unterbezirksgeschäftsstelle zuzuleiten. Sie sind spätestens fünf Tage vor dem außerordentlichen Unterbezirksparteitag mit einer Stellungnahme der Antragskommission bekannt zu geben.
In beiden Fällen kann die Zusendung der relevanten Unterlagen auch per Email erfolgen.

(8) Der Unterbezirksparteitag prüft die Legitimation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wählt das Präsidium des Unterbezirksparteitages und beschließt die Tages- und Geschäftsordnung.

Begründung: erfolgt mündlich

A10

AntragsstellerIn: Benjamin Bark

Aus Lampedusa lernen - aber richtig!

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die SPD-Landtagsfraktion, den SPD-Unterbezirksvorstand Dresden sowie an den Juso-Landesvorstand mit dem Ziel der Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress weiterleiten:

Am 03. Oktober ertrinken vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa 328 Menschen bei dem Versuch, zusammengedrängt in einer Nussschale das Mittelmeer von Nordafrika kommend in Richtung Europa zu überqueren, um dort ihr Recht wahrzunehmen, einen Asylantrag zu stellen. Bereits in der nächsten Woche gibt es weitere Bootsunglücke, bei denen wieder dutzende Menschen ums Leben kommen.

Diese herausstechenden Extremfälle haben dazu beigetragen, eine Begebenheit ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, die an den europäischen Grenzen mittlerweile zum Alltag gehört. Die Nichtregierungsorganisation Fortress Europe gibt die Zahl derjenigen Personen, die seit 1988 an den Außengrenzen der EU beim Versuch des Grenzübertritts ums Leben gekommen sind mit rund 19.000 an. Davon sind allein etwa 9.000 Personen im Mittelmeer ertrunken oder verschollen.

Leider fallen die politischen Reaktionen auf diese humanitäre Katastrophe vor den Toren Europas auf allen Ebenen meist mehr als enttäuschend aus. Anstatt die Politik der Selbstabschottung kritisch zu hinterfragen werden immer mehr Mittel und Kompetenzen in Überwachungstechnik, paramilitärische Grenzpatroullien und die Entsubjektivierung und Kategorisierung von Flüchtlingen gesteckt, um die “guten politisch verfolgten” von den “bösen Wirtschaftsflüchtlingen” zu trennen, die “nützlichen” hochqualifizierten von den “unnützen” minderqualifizierten Migrant_innen. Die EU führt ihren Krieg gegen die Einwanderung unvermindert weiter, den sie im Grunde seit der Errichtung eines gemeinsamen Grenzregimes führt.

Wir Jusos lehnen diese Denkweise, die Migration als Problem und Asylsuchende als Kriminelle und Kostenfaktor wahrnimmt ab und stellen uns gegen die aktuelle Politik und ihre tödlichen und menschenverachtenden Konsequenzen. Wir wollen dabei auf allen politischen Ebenen agieren, zusammen mit unseren europäischen Partnerorganisationen bis hin zu Bündnissen auf lokaler Ebene.

Wir fordern:

- Eine grundlegende Überarbeitung der europäischen Flüchtlingspolitik und eine kritische Reflektion der bisherigen Selbstabschottung und deren Folgen, wobei die Freiheits- und Menschenrechte der Betroffenen im Vordergrund stehen müssen
- Eine legale Möglichkeit für Asylsuchende, in ein EU-Land ihrer Wahl einzureisen, ohne dabei einen “illegalen” Grenzübertritt und besonders eine Überfahrt über das Mittelmeer wagen zu müssen

Die Europäische Union

Die EU spielt die zentrale Rolle in der gemeinsamen Flüchtlingspolitik der europäischen Staaten. Die Regelungen der Dubliner Übereinkommen und Verordnungen, die in allen EU-Mitgliedsstaaten sowie Norwegen, Island und der Schweiz gelten und in nationales Recht umgesetzt worden sind, regeln die zentralen Rahmenbedingungen der Asylverfahren in den einzelnen Mitgliedsstaaten.

Von besonderer Wichtigkeit ist dabei die Regelung, dass Asylanträge nur in dem Staat gestellt werden dürfen, in dem der Asylsuchende das erste Mal "Vertragsboden" betritt. Reist der Asylsuchende nach der Überquerung einer außereuropäischen Grenze, z.B. der spanischen, weiter, z.B. nach Deutschland, und stellt dort einen Asylantrag, so ist Deutschland nach Klärung des Einreiseweges berechtigt, den Asylsuchenden in der Regel ohne weitere Bedingungen in den "Erstaufnahmestaat" auszuweisen.

Diese Regelung, die zuerst 1993 im Rahmen des sogenannten "Asylkompromisses" von Union, FDP und SPD in Deutschland eingeführt wurde und damit Vorbild für die bis Heute in der EU geltenden Bestimmungen ist, stellt eine faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl für die allermeisten Asylsuchenden in den Nord-Mitteleuropäischen Staaten dar, was sich bereits aus geografischen Gesichtspunkten ergibt. 2012 wurden allein 23% aller Asylanträge in Deutschland gar nicht inhaltlich bearbeitet, sondern die Flüchtlinge direkt nach der genannten Dublin-Regelung wieder ausgewiesen. Asylsuchende sind gezwungen, in immer stärker überfüllten Auffanglagern oder Gefängniseinrichtungen in Südeuropa zu leben, ohne die Perspektive auf ein besseres Leben, das sie sich eigentlich erhofft haben, und die südeuropäischen Staaten werden mit den Herausforderungen, die die Flüchtlingsbewegungen an sie stellen, von anderen europäischen Staaten allein gelassen.

Für uns widerspricht diese Regelung dem Prinzip der Menschlichkeit, der persönlichen Freiheit der Asylsuchenden und der europäischen Solidarität. Zwar gibt es nach der neuen Dublin-III-Richtline ab 2014 eine Pflicht der Mitgliedsstaaten, Abschiebungen in Erstaufnahmestaaten auszusetzen, deren Asylverfahren nicht menschenwürdigen Standards entspricht (zur Zeit wären das Griechenland und möglicherweise Italien). Uns reicht dies aber nicht aus. Es müssen Regelungen geschaffen werden, wie Asylsuchende im Land ihrer Wahl einen regulären Asylantrag stellen können, ohne auf LKW-Schlepperbanden angewiesen zu sein. Außerdem muss ein Weg gefunden werden, wie die finanziellen, organisatorischen und sonstigen Belastungen einer gemeinsamen europäischen Grenz- und Flüchtlingspolitik auf Gesamteuropa verteilt werden können ohne dabei die Einzelstaaten aus ihrer humanitären Verantwortung zu entlassen.

Ein weiterer Kritikpunkt an der EU-Grenzpolitik bzw. der europäischen Reaktion auf zunehmende Flüchtlingsbewegungen im Mittelmeerraum ist die Installation und die zunehmende Aufrüstung der "Grenzschutzagentur" Frontex.

Diese paramilitärisch ausgerüstete Einrichtung, die als europäische Agentur keiner effektiven institutionellen Kontrolle unterliegt, steht sinnbildlich für die Festung Europa. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, Grenzkriminalität und dabei vor allem

"illegale Einreise" an den EU-Außengrenzen zu unterbinden. Dabei operiert Frontex auch weit außerhalb des EU-Grenzbereichs, im südlichen Mittelmeer und in Nordafrika.

Bereits 2011 hat das EU-Parlament eine Kompetenzausweitung und eine stärkere Ausrüstung für Frontex beschlossen. Nach den Bootsunglücken vor Lampedusa hat das europäische Parlament nun die Implementierung eines 250 Millionen € teuren Überwachungsnetzes ("EUROSUR") aus Drohnen, Satelliten und anderem Gerät beschlossen, um Flüchtlingsboote auf dem Mittelmeer schneller und effektiver aufspüren zu können. Die Argumentationslinie dabei: so ermögliche man eine bessere Seenotrettung als dies vor dem Lampedusa-Unglück möglich gewesen wäre. Dass diese Argumentation perfide und zynisch ist, zeigt sich an 2 Punkten.
Erstens an der Art und Weise, wie Frontex-Schiffe nicht selten mit aufgebrachten Schiffen umgehen. Erst in dieser Woche musste Frontex eingestehen, dass es 2012 mehrere illegale "Push-back"-Aktionen, also das Abdrängen von Booten und die die Direktabschiebung von Flüchtlingen gegeben hat, ohne den Betroffenen das Stellen eines Asylantrags zu ermöglichen. Die Dunkelziffer dürfte auf Grund mangelnder Kontrolle hoch sein. Auch zum Einsatz von Gewalt gegen Flüchtlingsboote ist es bereits gekommen.
Zweitens weigern sich die Mittelmeeranrainerstaaten, einer Änderung der Frontex-Verordnung zuzustimmen, die die Agentur zur Seenotrettung in bestimmten Fällen verpflichten, so "wenn angenommen werden kann, dass ein Schiff seinen vermuteten Bestimmungsort aus eigener Kraft nicht erreicht, [...] wenn die Zahl der Passagiere im Verhältnis zum Schiff zu groß ist und Nahrungsmittel fehlen, [...] wenn Passagiere medizinische Hilfe benötigen oder Schwangere und kleine Kinder an Bord sind." Dass diese Neuregelung abgelehnt wird, zeigt, dass es bei EUROSUR weniger um humanitäre Belange als um eine effektivere Möglichkeit geht, Flüchtlinge schon weit vor der europäischen Grenze abzufangen.

Für uns steht fest, dass noch mehr Grenzschutzeinheiten und noch mehr Überwachungstechnik kein zukunftsfähiges Konzept für den Mittelmeerraum sind. Kein von Frontex aufgebrachter Bootsflüchtling wird sich davon abbringen lassen, einfach eine weitere Überfahrt zu versuchen und es ist nur eine Frage der Zeit, bis es zu weiteren Bootsunglücken kommt.

Wir fordern:

- die Revision der Dublin-Regelung, nach der ein Asylantrag nur im Erstaufnahmestaat gestellt werden darf und Wahlfreiheit der Asylsuchenden
- alternativ die Einführung eines Schlüssels, nach dem Asylbewerber nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit auf alle EU-Staaten aufgeteilt werden, unter besonderer Beachtung menschenrechtlicher Kriterien
- die Umlage der finanziellen und organisatorischen Aufwendungen des gemeinsamen Grenzregimes auf alle EU-Staaten
- die Überführung von Frontex in eine primärrechtliche Einrichtung der Europäischen Union
- die Einführung eines ständigen Kontrollausschusses für Frontex beim Europäischen Parlament, dem auch Nichtregierungsorganisationen angehören sollen

- eine Berichtspflicht von Frontex vor diesem Ausschuss
- die strenge Verpflichtung von Frontex auf Prinzipien der Seenotrettung wie in Art. 9 des Änderungsvorschlags zur Frontex-Richtlinie (2013/0106 (COD)) vorgesehen
- die Verpflichtung von Frontex, offenkundig als Flüchtlingsboote erkennbare oder sich als solche zu erkennen gebende Boote nicht als Grenzverletzer aufzuhalten, sondern den darauf befindlichen Personen eine Überfahrt zum nächstgelegenen EU-Hafen zu ermöglichen und sie dort den örtlichen Behörden zu überstellen, um ein ordentliches Asyl-Erstaufnahmeverfahren durchzuführen
- das ausdrückliche Verbot des Einsatzes von (Waffen-)gewalt gegen Flüchtlingsboote

Die Bundespolitik

Deutschland trägt als größtes und wirtschaftlich stärkstes europäisches Land eine besondere Verantwortung für die Ausgestaltung der Politik der Union. Leider wird die derzeitige Bundesregierung dieser Verantwortung in keiner Weise gerecht. Im Gegenteil zeigen die Äußerungen von Bundesinnenminister Friedrich, dass man in Berlin voll hinter der aktuellen Reaktion auf das Bootsunglück vor Lampedusa steht bzw. hier auch als treibende Kraft agiert. Erst einige Tage nach der Katastrophe äußerte er sich dazu. Doch anstatt die bisherigen Prinzipien der Flüchtlingspolitik und die eigene Rolle dabei kritisch zu betrachten, fiel ihm nur ein, zu einer härteren Gangart gegen Schlepper aufzurufen, so als würden dadurch Migrationsbewegungen aufhören. Außerdem ist immer wieder zu hören, dass man sich nur um eine bessere Entwicklungspolitik kümmern müsse, um den Migrationsdruck zu verringern. Einmal davon abgesehen, dass Deutschland seit Jahren die eigenen Zusagen zur Entwicklungshilfe nicht einhält, so ist verstärkte Entwicklungszusammenarbeit zur Eindämmung von Flüchtlingsbewegungen ungeeignet. Viele Staaten aus denen Flüchtlinge stammen, wie etwa Somalia, sind auf Grund fehlender staatlicher Strukturen vollkommen ungeeignet für Entwicklungszusammenarbeit. Außerdem hat eine Studie der OECD bereits 2007 festgestellt, dass ein Großteil der Flüchtlinge aus der unteren Mittelschicht ihrer Länder stammt, die ärmsten der Armen haben einfach nicht genug Geld, um sich die Reise zu leisten. Eine Stärkung der Mittelschicht durch Wirtschaftsförderung könnte den Migrationsdruck sogar noch um einiges steigern.

Von der Union ist also eine substantielle und sinnvolle Änderung der Flüchtlingspolitik nicht zu erwarten. Daher muss sich die SPD auf Bundesebene für diesen Paradigmenwechsel einsetzen, egal in welcher Konstellation sie in Zukunft an einer Regierung beteiligt sein wird. Zunächst muss sie sich offensiv für sinnvolle Änderungen in der Europapolitik einsetzen, wie oben beschrieben. Außerdem muss sich eine Bundesregierung unter SPD-Beteiligung dazu entscheiden, freiwillig mehr Aufgaben zu übernehmen, als in den Dublin-Regelungen vorgesehen ist. Dies ist Heute per Gesetz bereits möglich. Das aus unserer Sicht diskriminierende und nicht mit der Menschenwürde zu vereinbarende Asylbewerberleistungsgesetz gehört abgeschafft. Außerdem muss der Duldungs-Status, d.h. der vorrübergehende Abschiebestopp auf Grund z.B. menschenrechtlich unhaltbarer Zustände im Heimatland des Flüchtlings, zu einem echten unbefristeten Aufenthaltstitel weiterentwickelt werden, damit die

Betroffenen nicht in ständiger rechtlicher Ungewissheit und Angst vor der Abschiebung leben müssen. Mittel- und Langfristig muss auch wieder eine Stärkung des Asylrechts im Grundgesetz angestrebt werden.

Wir fordern:

- den Einsatz der SPD für sinnvolle Reformen auf europäischer Ebene
- die Übernahme aller Asylanträge, die in Deutschland gestellt werden
- den Stopp von Abschiebungen nach Dublin-Regelung
- Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes
- Die Änderung des §53 Asylverfahrensgesetz, wonach ein Asylsuchender in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften leben muss, hin zu einer Wahlfreiheit der Betroffenen
- Weiterentwicklung des Duldungs-Status zu einem echten, unbegrenzten Aufenthaltstitel
- die Revision der Drittstaatenregelung im Grundgesetz

Die Landespolitik

Die Landesregierungen zusammen mit den untergeordneten Kommunen tragen vor allem Verantwortung für die konkrete Unterbringung der Asylsuchenden vor Ort. Unserer Meinung nach kommt die Sächsische Landesregierung ihrer Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen nicht nach. Immer wieder fallen Landespolitiker wie zuletzt der Sächsische Innenminister Ulbig mit Bemerkungen auf wie “man” dürfe “die Menschen mit der Asylproblematik nicht überfordern”. Durch solche Aussagen wird unserer Meinung nach Ressentiments in der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen zu viel Raum gegeben. Die Furcht vor Überfremdung ist unbegründet. Die Furcht vor Arbeitsplatzverlust ist undbegründet. Die Furcht vor steigender Kriminalität ist unbegründet. Die Aufgabe von Parteien ist es nicht, jede Stammtischparole ernst zu nehmen, sondern aktiv an der Willensbildung in der Bevölkerung mitzuarbeiten, d.h. sich auch klar zu bestimmten Themen zu positionieren, die üblicherweise nicht im Fokus der Öffentlichkeit stehen.

Der SPD in Sachsen kommt dabei als kleiner Oppositionspartei die schwierige Aufgabe zu, gegenüber einer besonders konservativ eingestellten Landesregierung Position zu beziehen. Wir wünschen uns von unserer Landtagsfraktion weitere Initiativen zu asylrechtlichen Fragen wie etwa zur Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen.

Eine sehr unrühmliche Rolle spielt zur Zeit leider die regierende SPD in Hamburg. Sie versucht gerade, durch Einschüchterungen, vorrübergehende Festnahmen ohne Rechtsgrundlage, die Verwehrung von Winterquartieren und rassistische Polizeikontrollen eine Gruppe von Lampedusa-Flüchtlingen dazu zu zwingen, sich einem Asylverfahren zu stellen, dass nach derzeitiger Lage nur mit einer Abschiebung zurück nach Italien enden kann. Die Gruppe aus über 250 Menschen war vor einigen Monaten von italienischen Behörden mit einem 3-Monats-Visum und 500€ pro Person auf die Straße gesetzt worden, weil man ihren Aufenthalt in Italien nicht mehr finanzieren wollte. Die Menschen haben sich dann allein bis nach Hamburg

durchgeschlagen und leben nun verteilt auf verschiedene geheime Notunterkünfte in der Stadt. Eine Rückabschiebung nach Italien würde für diese Menschen ein Leben auf der Straße unter noch widrigeren Umständen bedeuten.
Wir fordern den Hamburger Senat unter Olaf Scholz auf, seine hochproblematische Politik der Einschüchterung zu beenden und eine Bleiberechtsregelung nach §23 Aufenthaltsgesetz zu erarbeiten.

Wir fordern:

- die Unterstützung von Initiativen vor Ort, die sich für die Akzeptanz von Asylsuchenden und gegen Ressentiments ihnen gegenüber engagieren
- die Ausweitung der Möglichkeit zur dezentralen Unterbringung per Verordnung
- die Abschaffung der Residenzpflicht in Sachsen und die dementsprechende Zusammenarbeit mit weiteren Bundesländern, um eine größtmögliche Reisefreiheit zu gewährleisten
- die stärkere (finanzielle) Unterstützung der Kommunen bei ihren asylrechtlichen Angelegenheiten und bei der Erarbeitung eines Konzepts der dezentralen Unterbringung
- Die Erarbeitung einer Bleiberechtsregelung für die Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg

Jusos und SPD in Dresden

Uns vor Ort muss es vor allem darum gehen, das Thema Asyl in der Öffentlichkeit zu halten, in Kontakt mit den Betroffenen zu bleiben, Vorurteile in der Bevölkerung abzubauen und konkrete Vorhaben der Stadt, wie etwa den Bau von Gemeinschaftsunterkünften kritisch zu begleiten.

Wir werden uns in eigenen (öffentlichen) Veranstaltungen mit dem Thema auseinandersetzen und unsere Positionen in die Öffentlichkeit tragen. Gemeinsamen mit unseren Abgeordneten und Stadträt_innen werden wir uns für eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung einen Ausbau des Resettlement-Programms in Dresden.

Im Sinne der Doppelstrategie wollen wir mit Initiativen in Dresden zusammenarbeiten, die sich beim Thema Asyl engagieren, um konkrete Erfolge zu erzielen und im Kontakt mit Engagierten und betroffenen Asylsuchenden zu bleiben. Zu nennen wäre hier zum Beispiel das Netzwerk Asyl, Migration und Flucht.

Wir wollen:

- unsere Positionen zum Thema Asyl über (öffentliche) Veranstaltungen (mit Mandatsträgern), Pressemitteilungen etc. in die Bevölkerung tragen
- uns mit unseren Stadträt_innen für eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung und einen Ausbau des Resettlementprogramms oder andere konkrete Projekte wie die Gemeinschaftsunterkunft in Klotzsche einsetzen
- mit Engagierten und Initiativen wie dem namf zusammenarbeiten

Begründung:

Erfolgt mündlich

Quellen:

http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingsdrama-von-lampedusa-friedrich-will-haerter-gegen-schlepper-vorgehen-1.1787631
http://fortresseurope.blogspot.de/2006/01/festung-europa.html
OECD: International Migration Outlook 2007
http://www.proasyl.de/de/themen/zahlen-und-fakten/
http://www.dradio.de/aktuell/2289141/
https://www.dur.ac.uk/ibru/news/boundary_news/?itemno=12174&rehref=%2Fibru%2Fnews%2F&resubj=Boundary+newsHeadlines

A11

AntragsstellerIn: Juliane Path

Ehrenamtliches Engagement im Sport fördern!

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion in Dresden weiterleiten:

Die Jusos Dresden fordern die SPD- Stadtratsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass ehrenamtlich im Nachwuchssport Tätige durch kostenlose pädagogische Schulungen in Form von Workshops und/oder Seminaren gefördert werden. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf interkulturelle und demokratiestärkende Schulungen gelegt werden. Entsprechende Angebote sind durch den Stadtsportbund anzubieten. Der Freistaat Sachsen soll die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

Begründung:

Nach wie vor ist die Nachfrage nach sportlichen Freizeitaktivitäten bei Kindern und Jugendlichen ungebrochen. Aktuell ist es für Sportvereine jedoch kaum möglich, Freiwillige für Übungsleiter- und Trainerpositionen motivieren zu können. Allgemein gestaltet es sich problematisch, den Anforderungen einer qualitativ hochwertigen und zielführenden Betreuung von Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden. Zahlreiche „fast- Entschlossene“ verfügen nicht über essentielle pädagogische Kenntnisse, welche für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unerlässlich sind. Dies ist der Grund, weshalb viele nicht den Mut aufbringen können, sich dafür zu entscheiden Übungsleiter bzw. Trainer zu werden, obwohl sie es sich grundsätzlich vorstellen könnten.
Der Gedanke, vor einer Gruppe mit etwa 20 Kindern oder Jugendlichen zu stehen und diese, unter Umständen heikle, Situation nicht meistern zu können, empfinden viele potentielle Trainer und Trainerinnen als unüberwindbare Hürde. Um dennoch vermehrt Interessierte zu überzeugen eine solche ehrenamtliche Tätigkeit aufzunehmen, müssen deshalb kostenlose Angebote über den Stadtsportbund bereit gestellt werden, um ein grundlegendes pädagogisches Wissen aufzubauen. Nur so können sowohl bereits zum Verein gehörende, als auch das persönliche Umfeld von Kindern und Jugendlichen,zu dem unter anderem die Eltern und weitere Angehörige zählen, aktiv in die Vereinsarbeit eingebunden werden. Die Forderung nach mehr ehrenamtlichem Engagement darf nicht immer intensiver werden, ohne gleichzeitig entsprechende Angebote zu schaffen. Denn eine solidarische Gemeinschaft kann nur dann funktionieren, wenn das gesellschaftliche Potential vollständig ausgenutzt wird!

A12

AntragsstellerIn: Daniel Rehda

Moderne Bürgerbeteiligung von heute für Dresden nicht erst morgen

Die Jusos Dresden fordern für die Landeshauptstadt Dresden eine Form internetbasierter Bürger*innenbeteiligung, die folgende Elemente umfassen soll:

- ein System zur Befragung von sowie zur Abstimmung durch Betroffene(n) zu sachspezifischen Planungen und Projekten (z.B. Liquid Feedback),
- Einrichtung eines Forums zur Bürger*innendiskussion zu kommunalen Fragen und Angelegenheiten,
- ein System zum Anzeigen von Missständen (OTRS).

Bereits vorhandene Informationsplattformen, wie das Ratsinformationssystem und der Themenstadtplan Dresden sollen hierin integriert werden. Kooperationen mit bestehenden privatrechtlichen Angeboten sollen geprüft werden.

Im Zuge der Realisierung sollen insbesondere die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass später erzeugte Meinungsbilder verbindlich in die Beratungen des Stadtrates eingebunden werden können.

Die Jusos Dresden fordern die SPD-Fraktion im Dresdner Stadtrat auf, eine entsprechende Initiative im Dresdner Stadtrat auf den Weg zu bringen.

Begründung:

Mehr denn je engagieren sich Bürgerinnen und Bürger und suchen nach neuen Wegen der Mitwirkung sowie der politischen Partizipation. Die hohe Wahlbeteiligung beim Bürgerentscheid über die Zukunft der städtischen Krankenhäuser zeigt eindrucksvoll das Bedürfnis vieler Dresdnerinnen und Dresdner, nicht nur bei Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen durch das Setzen von Kreuzen ihrer Meinung Geltung zu verschaffen, sondern auch in konkreten Sachfragen.
Moderne Internettechnologie erlaubt es, möglichst viele Menschen auch an komplexen politischen Themen zu beteiligen. Eine Abkehr von üblichen Top-Down-Verfahren, sowie Einbeziehung der Bevölkerung in politische Beratugsprozesse, kann nicht nur die Akzeptanz von Entscheidungen, sondern auch die Attraktivität politischer Entscheidungen erhöhen.
Der Landkreis Friesland macht es vor: Bereits im November vergangenen Jahres soll die mit der kostenfreien Software LiquidFeedback betriebene Internet-Plattform “LiquidFriesland” für einen einjährigen Testbetrieb online gehen. Friesländer Bürgerinnen und Bürgern sollen hier künftig nicht nur die Möglichkeit haben, Vorlagen der Verwaltung zu diskutieren, sondern auch eigene Anträge einzustellen. Wenngleich das Bürgervotum nicht bindend ist und auch nicht sein soll, so soll es in die Diskussion im Kreistag einfließen. Damit eröffnet sich den gewählten Vertreterinnen und Vertreter die Möglichkeit, umfassende und differenzierte Meinungsbilder,

Einstellungen sowie Alternativvorschläge aus der Mitte der Bevölkerung bei ihrer politischen Arbeit berücksichtigen zu können.
Auch die Landeshauptstadt Dresden kann es gelingen dank moderner Kommunikationstechnologien, ihre Bürgerinnen und Bürger in städtische Entscheidungen dialogisch einzubeziehen. Das schafft nicht nur Transparenz und gegenseitiges Vertrauen, sondern trägt auch dazu bei, eine rege Beteiligungskultur zu entwickeln.